

**Sympathischer Lügenbär:**  
Käpt'n Blaubär erzählt immer reichlich Seemannsgarn von seinen Reisen mit seinem Leichtmatrosen Hein Blöd.



# Wer sagt die Wahrheit im Kindergarten-Streit?

Ein ernsthafter Schlagabtausch zwischen Elternvertreter Karsten Lienau und Jugenddezernent Joachim Martensmeier

**■ Gütersloh. Sie ist ein wenig verrückt, die Wut der Eltern, aber der Unmut ist geblieben. Im Dezember überraschte die Stadtverwaltung mit satten Kindergarten-Preiserhöhungen und veränderten Betreuungsmöglichkeiten. Eltern wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und müssen nun mit den neuen Bedingungen klar kommen. Die anschließende Welle der Empörung von Seiten der Eltern verebte im Rathaus. Zurzeit werden dort die Kindergartenplätze 2010/2011 vergeben und Redakteurin Jeanette Salzmann bat Karsten Lienau vom Gesamtelternbeirat und Jugenddezernent Joachim Martensmeier zum Redaktionsgespräch.**

*Herr Lienau, was ärgert Sie eigentlich mehr: Dass Maßnahmen wie Blocköffnungszeiten und höhere Elternbeiträge überhaupt durchgebracht wurden, oder dass die Eltern von der Stadtverwaltung in diesen Prozess nicht mit einbezogen wurden?*

**KARSTEN LIENAU:** Dass die Gebühren steigen, ist nicht das Hauptproblem. Mit der Höchstgrenze von 550 Euro erreichen wir jetzt einen Stand, der in anderen Kommunen auch üblich ist. Die Blocköffnungszeiten tun vielen arbeitenden Müttern und Vätern schon mehr weh. Was uns als Eltern aber hauptsächlich angeht, ist das Thema fehlende Elternbeteiligung. Dass nicht miteinander geredet wurde, hat die Wut erst aufkommen lassen.

*Herr Martensmeier, warum haben Sie denn eigentlich nicht mit den Eltern gesprochen?*

**JOACHIM MARTENSMEIER:** Die Erklärung ist ziemlich brutal und läuft auch Gefahr, zynisch zu klingen, was aber nicht beabsichtigt ist: Weil an beiden Sachverhalten nichts zu ändern war. Das betrifft sowohl die Neufassung der Elternbeitragsatzung als auch die Einführung der Kernbetreuungszeiten. In beiden Fällen haben wir keinerlei Alternative gesehen. Deshalb ist unser erster Ansprechpartner die Politik, die im einen Fall entscheiden, im anderen informiert werden musste.

*Erst in dieser Woche hat es ein Gespräch zwischen Elternvertretern und Stadtverwaltung gegeben, um Positionen in dieser Sache auszutauschen. Herr Lienau, hinkt die Kommunikation mit der Stadt als Kita-Träger grundsätzlich etwas hinterher?*

**LIENAU:** Wir empfinden das so. Im letzten Jahr war es der Kita-Streik, der viele Eltern zusammengebracht hat. Aus dieser losen Zusammenkunft von Elternvertreter hat sich der Prozess entwickelt, dass wir uns mit dem Jugendamt zusammensetzen, um gemeinsame Themen übergreifend zu klären. Wir haben 21 städtische Kitas, da müssen doch übergreifende Themen

nicht in jeder Einrichtung einzeln besprochen werden. Wir haben den Dialog seit dem Sommer letzten Jahres gesucht, haben uns mehrmals mit dem Jugendamt getroffen und sind dort vollkommen auf Ablehnung gestoßen.

*Wie sah diese Ablehnung aus?*

**LIENAU:** Bei einem Gespräch im November wurde uns noch wortwörtlich ins Gesicht gesagt: 'Wir wissen gar nicht, was für übergreifende Themen es eigentlich geben soll.' Und acht Tage später gibt Herr Martensmeier diese Vorlage mit Beitragsserhöhung und Blocköffnungszeiten in den Jugendhilfeausschuss. Entschuldigen Sie meine deutlichen Worte, aber da fühle ich mich verarscht.

**MARTENSMEIER:** Wir haben jetzt fest verabredet, dass zweimal im Jahr ein Runder Tisch mit den Elternbeiräten stattfindet. Dort werden wir dann genau definieren, welches die übergreifenden Themen sind, und die werden dort besprochen.

*Sie wollen Schaden gut machen, oder?*

**MARTENSMEIER:** Ich bin ja sehr kritisiert worden für meine Äußerung im Jugendhilfeausschuss, dass nach meiner Erfahrung eine Kommunikation zwischen Kindergartenleitung und Eltern ständig stattfindet. So war es zumindest in meiner Zeit damals als Vater von drei Kindern. Wenn sich das anders entwickelt haben sollte, müsste es nach meiner Vorstellung so sein, dass auf der einen Seite informiert wird, dass auf der anderen Seite die Eltern im Zweifelsfall auch Informationen einfordern.

*Vielleicht durften die Kita-Leitungen gar nichts erzählen?*

**MARTENSMEIER:** Wir hängen unseren Mitarbeitern keinen Maulkorb um. Aber dass wir zunächst etwas erarbeiten müssen, das wir dann präsentieren können, ist auch klar. An diesem hochkomplexen System der Kita-Beitragsatzung ist bis in die Nacht vor dem Versand der Vorlagen für den Jugendhilfeausschuss gearbeitet worden.

*Demnach wussten die Kita-Leitungen also selber nicht, was kommt?*

**MARTENSMEIER:** Ich will den Kitas nicht den Schwarzen Peter zuschieben, nach meiner Meinung haben die Leitungen sich völlig korrekt verhalten.

*Es gibt Überlastungsanzeigen aus den Kindertageseinrichtungen. Ist das tatsächlich der Grund, warum Sie mit einer De-Flexibilisierung der Öffnungszeiten reagieren?*

**MARTENSMEIER:** Wir haben einen signifikant gestiegenen Krankenstand um knapp 20 Prozent. Darauf müssen wir reagieren.

*Steht der Krankenstand in direktem Zusammenhang zum Kinderbildungsgesetz (Kibiz), das vor zwei Jahren eingeführt wurde?*

**MARTENSMEIER:** Ja, die Arbeit ist anspruchsvoller geworden, die Anforderungen sind höher, das Personal ist nicht in dem Maße aufgestockt worden. Bei der Einführung von Kibiz hätten nach der reinen Lehre 35 Stellen für reine Fachkräfte geschaffen werden können. Wir haben 13,5 geschaffen. Wir nutzen bestimmte Spielräume des Gesetzes. Alles andere wäre schlicht nicht zu finanzieren gewesen.

*Es fehlen also in jedem städtischen Kindergarten mindestens eine Fachkraft. Damit haben Sie die Überlastungsprobleme doch heimlich beschworen, oder?*



**Dr. Karsten Lienau (39):** Ist Vater von zwei kleinen Kindern, die in einer städtischen Kita betreut werden. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Gesamtelternbeirat. Der promovierte Mathematiker arbeitet als Projektmanager für Bertelsmann.



**Joachim Martensmeier (55):** Ist Vater von drei Kindern, die inzwischen erwachsen sind. Seit zwei Jahren leitet er das Dezernat für Bildung, Jugend, Familie und Soziales. Die städtischen Kindergärten fallen seither in seine Zuständigkeit.



**Dialog bei der NW:** Karsten Lienau und Joachim Martensmeier zu Gast in der Redaktion. FOTOS: HENRIK MARTINSCHLEDE

**MARTENSMEIER:** Die Stadt kann mehr nicht bezahlen. Was in den Kindpauschalen des Kibiz möglich ist, haben wir bis zum letzten Euro ausgereizt.

**LIENAU:** Es ist meines Erachtens auch ein Unding, dass Erzieherinnen andere fehlendes Personal ersetzen. Da schippen Erzieherinnen Schnee oder machen für das erkrankte Küchenpersonal den Abwasch. Das ist Zeit, die den Kindern fehlt und auf Kosten der Kollegen geht.

**MARTENSMEIER:** Wenn Erzieherinnen ausfallen, etwa durch Schwangerschaft, sind wir bemüht, sofort Ersatz zu besorgen. Das funktioniert aber nicht immer, weil es inzwischen ein sehr großes Problem ist, qualifizier-

tes Personal zu finden. Der Arbeitsmarkt ist einigermaßen leer gefegt.

*Warum ist das so?*

**MARTENSMEIER:** Weil bei allen Trägern weniger ausgebildet wird. Auch bei der Stadt Gütersloh sind die 22 Stellen, die wir ursprünglich für Berufspraktikanten hatten (das letzte Jahr zum Abschluss der Ausbildung; Anm. d. Red.) auf 11 Stellen halbiert worden. Ich hatte damals in Aussicht gestellt, dass wenn diese Stellen wieder nötig werden, sie in den Stellenplan wieder rein müssen. Nun sind sie endgültig der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen. Wir hatten zwischendurch schon Schwierigkeiten, die verbliebenen elf Stellen zu besetzen. Offensichtlich ist dieser Beruf derzeit weniger begehrt.

**LIENAU:** In Verbindung mit den dazugehörigen Konditionen ist der Beruf nicht begehrt.

*Die Anmeldefrist für das neue Kindergartenjahr ist abgelaufen. Wie vielen Eltern werden Sie eine Absage erteilen müssen?*

**MARTENSMEIER:** Das kann ich im Moment noch nicht sagen, die Auswertung läuft.

**LIENAU:** Ein großer Kritikpunkt dazu kommt interessanterweise nicht nur von den Eltern, sondern von den Kita-Leitungen, dass sie alle unter dem Prozess der Platzvergabe in Gütersloh leiden. Man bewirbt sich bei der jeweiligen Einrichtung, es findet aber keine übergeordnete Verteilung der Plätze statt. Ich kenne kein Elternteil, das sich nicht mindestens bei zwei oder mehr Kitas beworben hat. Wenn wir in meiner Firma mit so einem Ansatz konfrontiert sind, lautet der erste Ansatz: optimieren!

**MARTENSMEIER:** Das ist in der Verwaltung genauso. Wir arbeiten daran.

*Bei der NW haben sich Mütter gemeldet, die eine Ablehnung der Kita für ihr zweites also für das Geschwisterkind erhalten haben.*

**LIENAU:** Diese Beobachtung kann ich stützen, das wurde von vielen Eltern berichtet. Seltsamerweise beziehen sich diese Beschwerden aber nur auf bestimmte Einrichtungen, in anderen klappt das immer sehr gut.

*Da das Geschwisterkind in Gütersloh kostenfrei in die Kita darf, drängt sich der schlimme Verdacht auf, dass diese Ablehnungen auf einer Kostenentscheidung basieren, oder?*

**MARTENSMEIER:** Das ist nicht der Grund. Wenn ein Geschwisterkind abgelehnt werden sollte, dann liegt das niemals daran, dass es kein Geld bringt. Das muss ich klar zurückweisen.

*Wie reagieren die Eltern denn auf die neuen Elternbeiträge?*

**MARTENSMEIER:** Die Kostensteigerung, die sich für viele Eltern aus der neuen Satzung ergibt, ist hammerhart, das habe

ich in der Diskussion Ende 2009 deutlich gesagt. Wir haben aber auch eine Reihe sozialer Komponenten beibehalten oder neu eingeführt, die in die Satzung eingearbeitet sind.

*In der Kita Englische Straße hat die Stadt ein Pilotprojekt mit längeren Betreuungszeiten ausprobiert. Es wurde von den Eltern nicht angenommen, das Projekt ist eingestellt. Ihr Fachbereich hat die Forderung nach einer Flexibilisierung danach als Geschrei der Eltern abgetan. Wer kommt da jetzt eigentlich nicht zueinander?*

**MARTENSMEIER:** Wir hielten dieses Modell für eine gute Möglichkeit, den Bedarf auszustesten. Mir ist nachwievornicht begreiflich, warum das nicht besser genutzt worden ist. Vielleicht liegt es auch an dem für das Kind fremden Betreuungspersonal. Von „Geschrei der Eltern“ ist übrigens bei uns nie die Rede gewesen.

**LIENAU:** Ich persönlich habe meine beiden Kinder im Kita-Streik auch nicht in die Notfallbetreuung gegeben. Sie waren beide sehr klein, das wollte ich ihnen einfach nicht zumuten. Also versucht man alles Mögliche drumrum zu organisieren. Flexibilität in der Betreuung heißt doch nicht, dass man seine Kinder jeden Tag bis 19 Uhr in die Kita bringt, aber dreimal im Monat ist es berufsbedingt vielleicht nötig. Es geht also um Belastungsspitzen und das ist kein Geschrei der Eltern.

*Eltern haben jetzt erstmals die Möglichkeit bekommen, ihr Kind für 25 Stunden im Kindergarten anzumelden, anstatt 35 Wochenstunden. Die Stadt hat kalkuliert, dass ein Drittel der Eltern auf diese Variante umbucht. Ist der Plan aufgegangen?*

**MARTENSMEIER:** Aus Sicht des Jugendamtes haben wir die 30 Prozent für ziemlich hoch gehalten. Wir sind eher von 10 bis 15 Prozent ausgegangen und es sieht so aus, als ob sich das bestätigt. Das Angebot ist aber sehr kurzfristig eingeführt worden. Es kann also im nächsten Jahr durchaus noch mehr sein.

*Was heißt das in der Konsequenz für den Stellenplan?*

**MARTENSMEIER:** Wir hätten zum nächsten Kindergartenjahr fünf zusätzliche Stellen gründen müssen. Durch das neue 25-Stunden-Angebot sind es nur 1,5 Stellen. Wir haben einen Rückgang um 50 Kinder von 3.006 auf 2.956 aber wir haben deutlich mehr Kinder unter 3 und wir haben einen weiteren Anstieg bei Kindern mit Anspruch auf Integrationsleistung. Das macht das Ganze entsprechend aufwändiger und eben auch wieder teurer.

*Herr Lienau, wird der Protest der Eltern sich fortsetzen?*

**LIENAU:** Wir werden nicht nachlassen, unsere verbindliche

Elternbeteiligung einzufordern. Im Kibiz ist die Elternbeteiligung vorgeschrieben worden. Doch Sachverhalte, die gesammelt aus der Elternschaft kommen und auch begründbar sind, werden bislang von der Stadt maximal angehört, nicht angenommen. Wir fordern ein Mitspracherecht auch auf übergeordneter Ebene, zum Beispiel bei der Vergabe von Kindergartenplätzen. Unsere Botschaft lautet: Betroffene zu Beteiligten machen.

◆ Am heutigen Donnerstag trifft sich der Jugendhilfeausschuss zu einer öffentlichen Sitzung um 17 Uhr im Rathaus. Themen u.a. Bedarfplanung der Kitas, Kinderpflege, Reduzierung der Spielplätze und mehr.

## Gesamt-Elternbeirat

■ Bis heute ist der Gesamtelternbeirat für die 21 städtischen Kindertageseinrichtungen kein offizielles Gremium, er fungiert als Arbeitskreis. Um anerkannt zu werden, bedarf es einer Satzungsänderung. Diese ist vom Arbeitskreis ausgearbeitet und bereits vor einigen Monaten der Stadt vorgelegt worden. Die Verwaltung hat das Schreiben abgelehnt. Ziel der Elternvertreter ist es, eine verbindliche Mitbestimmung bei Kindergarten-Angelegenheiten zu erwirken. Wird das Gremium in die Satzung aufgenommen, muss die Stadt dieser Forderung nachkommen. Der Arbeitskreis setzt sich zusammen aus Elternvertretern der jeweiligen Einrichtungen und steht stellvertretend für 3.000 Elternteile.

## Blocköffnung & Gebühren

■ Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres im August gelten neue Beitragssätze für Eltern. Für viele Familien bedeutet das eine Mehrbelastung, da Steigerungen um 100 Euro und mehr möglich sind. Dennoch soll, nach Angaben des Fachbereichs Jugend, das neue System gerechter sein, da die Bemessungsgrundlage des jetzt gültigen Systems Mängel aufweise. Die Elternbeiträge decken dann 16 Prozent statt bislang 13 Prozent der Kita-Gesamtkosten. Der Gesetzgeber setzt das Limit bei 19 Prozent.

Mit den Kernbetreuungszeiten sieht es folgendermaßen aus: 35 Wochenstunden mit Mittagessen (7 Stunden Betreuungszeit) morgens ab dem Zeitpunkt, wo der Kindergarten öffnet, bis 15.00 Uhr und 35 Wochenstunden ohne Mittagessen.

Wer eine flexible Betreuung innerhalb der Öffnungszeiten wünscht, muss die 45-Stunden-Variante buchen.